S 17 R 1138/14

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 17 R 1138/14 Datum 09.08.2018

2. Instanz

Aktenzeichen L 8 BA 179/18 Datum 19.06.2024

3. Instanz

Datum -

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Detmold vom 09.08.2018 wird zurĹ⁄₄ckgewiesen.

Die KlĤgerin trĤgt die Kosten in beiden Rechtszügen mit Ausnahme der au̸ergerichtlichen Kosten der Beigeladenen, die diese selbst tragen.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Der Streitwert f $\tilde{A}^{1}/_{4}$ r das Berufungsverfahren wird endg $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ltig auf 57.125,22 \hat{a}_{\square} \neg festgesetzt.

Tatbestand

Â

Die Beteiligten streiten im Rahmen eines Betriebsprüfungsverfahrens nach <u>§ 28p</u> Sozialgesetzbuch Viertes Buch (SGB IV) über eine (Nach-)Forderung von Beiträgen und Umlagen sowie Säumniszuschlägen in Bezug auf die Tätigkeit der Beigeladenen zu 2) â [4) als für die Klägerin tätige Eisenbieger.

Die Kl \tilde{A} ¤gerin betreibt eine Einzelfirma im Eisenbieger-/Eisenbindergewerbe. Die ihr erteilten Auftr \tilde{A} ¤ge f \tilde{A} ½hrte sie mit angestellten Mitarbeitern aus bzw. setzte f \tilde{A} ½r Teilbereiche die Beigeladenen zu 2) â \Box 4), s \tilde{A} ¤mtlich bulgarischer Herkunft, ein. Schriftliche Vertr \tilde{A} ¤ge schloss sie mit diesen nicht.

Â

Der Beigeladene zu 2) (im Folgenden: M), der zum 25.08.2010 ein Gewerbe in den Bereichen \hat{a}_{\Box} Fugenarbeiten, Trockenbau, Hausmeistert \tilde{A}_{z} tigkeiten, Einbau von genormten Baufertigteilen \hat{a}_{\Box} unter der Anschrift W.-stra \tilde{A}_{\Box} e, S., angemeldet hatte, wurde in der Zeit vom 01.10.2010 bis 30.11.2012 f \tilde{A}_{z} r die Kl \tilde{A}_{z} gerin als Eisenbieger (Eisenbinder, Eisenflechter) t \tilde{A}_{z} tig. Hierf \tilde{A}_{z} r erstellte er ihr auf ihn lautende Rechnungen \tilde{A}_{z} berwiegend mit der Bezeichnung \hat{a}_{\Box} Eisen, Matten \hat{a}_{\Box} Biegen, schneiden und aufreumen \hat{a}_{\Box} bzw. \hat{a}_{\Box} Eisen und Matten \hat{a}_{\Box} verlegen und aufreumen \hat{a}_{\Box} . Die Abrechnung erfolgte nach Tonne bzw. Kilogramm.

Â

Der Beigeladene zu 3) (im Folgenden: N) und der Beigeladene zu 4) (im Folgenden: V) meldeten zum 17.01.2011 Gewerbe mit identischen Bezeichnungen wie M und unter derselben BetriebsstĤtte an. Bei der Anschrift der BetriebsstĤtte handelte es sich um eine Mietwohnung, die M, V und N gemeinsam bewohnten. N wurde fýr die Klägerin in der Zeit vom 01.03.2011 bis 31.12.2012, V in der Zeit vom 01.06.2011 bis 30.11.2012 tätig. Die von ihnen erstellten Rechnungen glichen denen des M ganz weitestgehend. In den Rechnungen des N wies sein groÃ□ aufgedruckter Name dabei bis Mai 2012 einen Schreibfehler auf.

Â

Im Februar 2013 leitete das Hauptzollamt (HZA) N. gegen die Klägerin ein Strafverfahren wegen des Verdachts ein, M, N und V als Scheinselbstständige beschäftigt zu haben. Am 04.06.2013 wurden M und V als Zeugen vernommen.

Â

M gab in der Vernehmung an, dass die KlĤgerin ArbeitskrĤfte, insbesondere Eisenflechter, benĶtigt habe. In den ersten zwei Monaten seiner TĤtigkeit sei ihm von G. (im Folgenden: FR) gesagt worden, was er zu tun habe. Die Mitarbeiter der KlĤgerin hĤtten die Grobmontage gemacht und er dann anschlieÄ□end Balken verbunden und Stļtzen gemacht sowie die Baustelle aufgerĤumt. Das Gewerbe habe er angemeldet, weil ihm bekannt gewesen sei, dass er in Deutschland nicht abhĤngig beschĤftigt hĤtte arbeiten dļrfen. Im Winter 2010/2011 habe er N und V getroffen und sodann die KlĤgerin angerufen und gefragt, ob noch Bedarf an ArbeitskrĤften bestehe. Nachdem dies bejaht worden sei, habe er N und V mitgebracht. Ab 2011 seien Arbeiten durch V, N und ihn allein durchgefļhrt worden, wobei Mitarbeiter der KlĤgerin die Arbeiten kontrolliert hĤtten. Bei

Problemen sei ein Meister der Klägerin herübergekommen und habe es sich angeschaut. Zur Baustelle seien sie mit den Leuten der Klägerin oder mit Bus und Bahn gefahren. Jeder habe eine Schere, eine Zange und Draht zum Verbinden gehabt. In den Jahren 2011 und 2012 hätten sie in Deutschland nur fþr die Klägerin gearbeitet und im Ã□brigen lediglich in 2011 einen und in 2012 zwei Aufträge in Mazedonien ausgeführt.

Â

V erklärte, dass ihm die Arbeit bei der Klägerin von M vermittelt worden sei. Um legal in Deutschland arbeiten zu können, habe er â∏ wegen seiner schlechten Deutschkenntnisse mithilfe des M â∏ ein Gewerbe angemeldet. M, N und er seien in den Jahren 2011/2012 eine Bautruppe gewesen. Sie hätten hauptsächlich Matten verlegt und geflochten. Auf manchen Baustellen seien sie allein gewesen, hätten jedoch þberwiegend mit den Leuten der Klägerin zusammengearbeitet. Die schwereren Arbeiten seien von diesen gemacht worden, die einfachen von ihnen. Arbeitsanweisungen, was getan werden mþsse, habe er von M, der Pläne lesen könne, und auch von Mitarbeitern der Klägerin erhalten. Diese hätten auch kontrolliert, ob alles in Ordnung sei. Die Rechnungen habe M fÃ⅓r ihn geschrieben. Zur Baustelle seien sie zunächst mit einem Auto des N gefahren, später mit einem Bekannten oder dem Bus. Er besitze eine Zange, eine Schere und einen Bauhelm.

Â

Auf der Grundlage der Ermittlungen des HZA führte die Beklagte bei der Klägerin im Zeitraum vom 15.01.2013 bis 11.10.2013 eine Betriebsprüfung durch. Nach deren AnhA¶rung mit Schreiben vom 19.08.2013 setzte sie mit Bescheid vom 14.10.2013 f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r den Zeitraum vom 01.10.2010 bis 31.12.2012 eine Nachforderung in Höhe von 57.125,22 Euro einschlieÃ∏lich Säumniszuschlägen in Höhe von 8.845,50 Euro fest. M sei im Zeitraum vom 01.10.2010 bis 30.11.2012, N im Zeitraum vom 01.03.2011 bis 31.12.2012 und V im Zeitraum vom 01.06.2011 bis 30.11.2012 in allen Zweigen der gesetzlichen Sozialversicherung sozialversicherungspflichtig gewesen. In der Ausführung der Arbeiten lasse sich kein Unterschied der als â∏Subunternehmerâ∏ beschäftigten Personen zu den eigenen Arbeitnehmern der KlĤgerin erkennen. Die Aussagen des M und des V im Rahmen der Vernehmungen sprÄxchen gegen die Behauptung, sie seien als selbststĤndige Unternehmer fýr Teilbereiche tätig geworden. Vielmehr hätten sie im Verbund mit Arbeitnehmern und Aufsichtspersonal der KlĤgerin zusammengearbeitet und auch keine BetriebsstÄxtte vorgehalten. Ein betriebliches Risiko habe nicht bestanden, da keine eigenen Betriebsmittel im gröÃ∏eren Umfang eingesetzt worden seien. An einer eigenverantwortlichen Arbeit habe es wegen der Kontrolle durch die KlĤgerin ebenfalls gefehlt. Die Anmeldungen zum Gewerbe hÃxtten M, V und N insoweit zur Umgehung der fehlenden Arbeitserlaubnis vorgenommen. Bei fehlenden Sprachkenntnissen sei eine PrĤsenz am Markt auszuschlie̸en. Da bedingter Vorsatz vorliege, würden auch Säumniszuschläge gemäÃ∏ §Â 24 SGB IV erhoben.

Den von der KlĤgerin gegen den Bescheid erhobenen Widerspruch vom 26.11.2013 wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 15.10.2014 zurļck.

Â

Mit der am 17.11.2014 beim Sozialgericht (SG) Detmold erhobenen Klage hat die Klägerin geltend gemacht, dass sie Teilbereiche aus eigenen Aufträgen abgespaltet und an die Subunternehmer weitergereicht habe. M, N und V seien frei in ihrer Entscheidung gewesen, den Auftrag anzunehmen oder abzulehnen. Im Fall der Annahme hÄxtten sie ihre Anweisungen unmittelbar von den vor Ort befindlichen Architekten bzw. Bauleitern, so z.B. von dem als Polier für die Firma C. (im Folgenden: Fa. C) tÃxtigen Zeugen U. (im Folgenden AJ) bzw. dem für die Firma Z. (im Folgenden: Fa. Ma) beschĤftigten Zeugen T. (im Folgenden: TH) erhalten. Die Abstimmung mit diesen habe aufgrund seiner Deutschkenntnisse M vorgenommen, von dem N und V, die Deutsch nicht hÄxtten hinreichend sprechen können, unterstützt und eingewiesen worden seien. Auf der Baustelle seien sie nicht in ihren, den klägerischen Arbeitsbereich integriert worden. Bei Subunternehmern vermĶge die gleichzeitige Anwesenheit der Mitarbeiter der Klägerin nicht zu verwundern. Gleichwohl habe es keine Zusammenarbeit gegeben. M, N und V hätten keinen regelmäÃ∏igen Anwesenheits- oder Arbeitszeiten, keinen Kontrollrechten wie detaillierten Berichtspflichten oder Arbeitszeitnachweisen, keinem Arbeitszeitkonto oder anderen Arbeitszeiterfassungen sowie Dienstplänen unterlegen. Die Arbeiten seien von ihnen vĶllig selbststĤndig ausgefļhrt worden. Sie hĤtten Rechnungen geschrieben und seien nicht nur in Deutschland, sondern auch (nachgewiesen) in Bulgarien oder Rumänien tätig gewesen. Sie hätten über eigene Betriebsräume, nämlich eine Wohnung mit EDV und Telefon sowie auch über eigene Arbeitsmittel (einen PKW sowie Biegezangen) verfügt. Die Eisenmatten seien vor Ort vom Auftraggeber gestellt worden. Aufgrund der Bezahlung nach Massen habe eine unternehmerische Chance bestanden, einen h

¶heren Verdienst durch stÄxrkeren Einsatz zu erzielen. Insoweit hÄxtten sie auch die GewĤhrleistung und das Haftungsrisiko getragen.

Â

Die KlĤgerin hat schriftsĤtzlich beantragt,

Â

den Bescheid der Beklagten vom 14.10.2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.10.2014 aufzuheben.

Â

Die Beklagte hat beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Klage abzuweisen.

Â

Zur BegrÃ⅓ndung hat sie auf den Inhalt der Verwaltungsakte sowie die angefochtenen Bescheide Bezug genommen. Die Stellung einer Rechnung mache aus M, N und V keine Selbstständigen. Ebenso wenig hätten sie â∏ bei lediglich vorgehaltener EDV und Biegezangen â∏ ein unternehmerisches Risiko getragen. Vielmehr sei von ihnen vornehmlich ihre Arbeitskraft eingesetzt worden. Den Aussagen lasse sich entnehmen, dass sie mit den Mitarbeitern der Klägerin zusammengearbeitet hätten, was fÃ⅓r eine Eingliederung spreche.

Â

Mit Beschluss vom 18.12.2014 hat das Amtsgericht V. das Strafverfahren (\hat{a}_{\parallel}) gegen Zahlung einer Geldbu \tilde{A}_{\parallel} e von 3.600 Euro vorl \tilde{A} zufig und nach deren Zahlung mit Beschluss vom 29.06.2015 endg \tilde{A}_{\parallel} ltig gem \tilde{A} z \tilde{A}_{\parallel} \tilde{A} 153a Abs. 2 Strafprozessordnung (StPO) eingestellt.

Â

In Erörterungsterminen am 28.02.2018 und 28.03.2018 sind TH, dessen Vater J. (im Folgenden: JH) sowie AJ als Zeugen vernommen und M und N befragt worden. Auf die Protokolle wird verwiesen. Der Aufenthalt des V war nicht zu ermitteln.

Â

Das SG hat die Klage mit Gerichtsbescheid vom 09.08.2018 abgewiesen. M, N und V seien im streitigen Zeitraum abhĤngig beschĤftigt gewesen. Aus den $\tilde{A}\frac{1}{4}$ bereinstimmenden Aussagen von M und V ergebe sich, dass sie im Verbund mit den Arbeitnehmern und dem Aufsichtspersonal der KlÄzgerin zusammengearbeitet hÃxtten. Von ersteren seien die einfachen, von letzteren die schwierigen Aufgaben erledigt worden. Ebenso habe die KlA¤gerin eine Kontrolle durchgefA¼hrt. Eine BetriebsstÄxtte hÄxtten M, N und V nicht nachweisen kĶnnen und Betriebsmittel gröÃ∏eren Umfangs nicht angeschafft. Allein das Ausstellen von Rechnungen spreche nicht gegen ein BeschÄxftigungsverhÄxltnis. Die Gewerbeanmeldungen, die als solche eine selbststĤndige TĤtigkeit nicht kennzeichnen kĶnnten, seien zur Umgehung des (damals fýr bulgarische Staatsangehörige bestehenden) BeschÄxftigungsverbots erfolgt. Auch hÄxtten die Betroffenen ausgesagt, im streitigen Zeitraum ausschlie̸lich für die Klägerin gearbeitet zu haben. Die reine Zurverfügungstellung der Arbeitskraft spreche zumal bei ausländischen Subunternehmern mit mangelnden Sprachkenntnissen ohne Betriebssitz und Einsatz eigenen Kapitals immer für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis. Dem stÃ1/4nden die Ã1/4brigen Aussagen der Zeugen nicht entgegen. Aus den Angaben von TH und JH lasse sich nichts zu einer selbststĤndigen oder abhängigen Beschäftigung von M, N und V herleiten. Auch die Aussage des AJ,

wonach diese ihm erzählt hätten, selbstständig tätig zu sein, genüge für die Annahme einer tatsächlich selbstständigen Tätigkeit nicht. Vielmehr habe der Zeuge lediglich einen subjektiven Eindruck wiedergegeben. Aufgrund seiner Beschäftigung bei einer Fremdfirma habe er über die Ausgestaltung der Arbeitsverhältnisse der drei Beigeladenen keine Aussage treffen können.

Â

Gegen den ihr mit Datum vom 24.09.2024 ýbersandten Gerichtsbescheid hat die KIägerin am 24.10.2018 Berufung eingelegt und ihr bisheriges Vorbringen wiederholt und vertieft. M habe ausdrA¼cklich auf seine Zusammenarbeit mit N und V hingewiesen (â∏∏Wir haben zu dritt gearbeitetâ∏∏). Diese gemeinsamen Leistungen seien den jeweiligen Auftraggebern, darunter neben der KlĤgerin auch der Fa. W. (im Folgenden: Fa. W) unmittelbar in Rechnung gestellt und von ihnen bezahlt worden. Auf diese, nach ihrer Auffassung wesentliche Aussage gehe das SG in seiner Entscheidung überhaupt nicht ein. Eine eigene BetriebsstÃxtte hÃxtten M, N und V für ihre Tätigkeit nicht benötigt, da die Werkleistung vor Ort auf der Baustelle erbracht werde und eine Lagerung von Materialien nicht erforderlich sei. Im ̸brigen halte auch sie, die Klägerin, keine weitergehenden Betriebsmittel vor. Faktisch seien M, V und N vĶllig frei in der Gestaltung der ArbeitstĤtigkeit gewesen. Eine AbhĤngigkeit habe nur vom Baufortschritt auf der Baustelle bestanden, nicht jedoch von Vorleistungen der KlĤgerin oder deren Mitarbeitern. Wenn man zusammen auf einer Baustelle gewesen sei, habe man an verschiedenen Gewerken, nicht jedoch gemeinsam gearbeitet. Das Unternehmerrisiko sei dadurch verwirklicht worden, dass M, N und V Zahlungen nur für ordnungsgemäÃ∏e Arbeit erhalten hÄxtten. Da deren Arbeitsleistung unbeanstandet geblieben sei, habe es eine Kürzung der in Rechnung gestellten Leistungen nicht gegeben. Urlaubsvereinbarungen seien nie getroffen worden. M habe ausdrļcklich darauf hingewiesen, dass sie bei schlechtem Wetter nicht und zwischendurch auch einen Monat in Mazedonien privat gearbeitet hätten. Ã∏ber diese protokollierten Aussagen setze sich das SG hinweg und beziehe sich ausschlie̸lich auf die Aussagen vor dem HZA. Wiedergegeben worden sei im dortigen Protokoll jedoch nur das, was der Dolmetscher gesagt habe. Dies entspreche jedoch nicht dem, was dem Dolmetscher gesagt worden sei. Ebenfalls auA
∏en vor habe das SG die steuerliche Behandlung der erzielten EinkA¼nfte als EinkA¼nfte aus selbstständiger gewerblicher Tätigkeit gelassen. SchlieÃ∏lich sei verkannt worden, dass M, N und V ausdrücklich eine selbstständige Tätigkeit gewünscht hÃxtten. Soweit die Beklagte auf ein Statusfeststellungsverfahren aus dem Jahr 2010 verweise, habe dies ihren Ehemann betroffen und sei vom Steuerberater betrieben worden. Es habe fýr sie auch keine Veranlassung bestanden, ein solches Verfahren zu M, N und V durchzufļhren, weil deren Arbeitnehmereigenschaft nicht ansatzweise erkennbar gewesen sei.

Â

Die KlĤgerin beantragt,

Â

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Detmold vom 09.08.2018 zu Ĥndern und den Bescheid der Beklagten vom 14.10.2013 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.10.2014 aufzuheben.
Â
Die Beklagte beantragt,
ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ
die Berufung zurückzuweisen.

Zur Begründung nimmt sie auf die streitigen Bescheide sowie die Entscheidungsgründe des Gerichtsbescheides des SG Bezug und vertieft ihren bisherigen Vortrag.

Â

In einem Erörterungstermin am 06.07.2022 hat der Berichterstatter des Senats die Klägerin persönlich sowie V befragt und in Terminen am 19.04.2023 und 02.08.2023 den Bruder des M, Herrn L. (im Folgenden: F) bzw. JH als Zeugen vernommen. Auf die Protokolle der ErörterungsÂtermine wird insoweit verwiesen.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den Inhalt der Gerichtsakten und der Verwaltungsakten der Beklagten Bezug genommen. Dieser ist Gegenstand der mýndlichen Verhandlung gewesen.

Â

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des SG Detmold vom 09.08.2018 ist zulĤssig, jedoch unbegründet.

Â

I. Die Berufung der Klägerin, die keiner Zulassung bedurfte (<u>§ 144</u> Sozialgerichtsgesetz â∏ SGG) ist gemäÃ∏ <u>§ 143 SGG</u> statthaft. Sie ist form- und

fristgemäÃ□ erhoben (<u>§ 151 SGG</u>).

Â

Gegenstand des Verfahrens ist der Bescheid der Beklagten vom 14.10.2013 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 15.10.2014 (§ 95 SGG), mit dem diese die VersicherungsApflicht des M in seiner TÄxtigkeit f¼r die KlÄxgerin im Zeitraum vom 01.10.2010 bis 30.11.2012, die des N im Zeitraum vom 01.03.2011 bis 31.12.2012 und die des V im Zeitraum vom 01.06.2011 bis 30.11.2012 angenommen und eine sich hieraus ergebende Nachforderung einschlieĀ□lich SÄxumniszuschlÄxgen in H¶he von insgesamt 57.125,22 Euro festgesetzt hat.

Â

II. Die Berufung ist unbegr $\tilde{A}^{1/4}$ ndet. Das SG hat die zul \tilde{A} xssige Klage (hierzu unter 1.) zu Recht als unbegr $\tilde{A}^{1/4}$ ndet abgewiesen (hierzu unter 2.).

Â

1. Zulässig hat die Klägerin ihr gegen die Nachforderung von Beiträgen gerichtetes Begehren in Form einer (reinen) Anfechtungsklage (§ 54 Abs. 1 S. 1 Alt. 1 SGG) geltend gemacht (vgl. BSG Urt. v. 20.03.2013 â $_{\square}$ B 12 R 13/10 R â $_{\square}$ juris Rn. 12). Mit dieser Klageart kann sie sich auch gegen die erfolgte Feststellung der Versicherungspflicht von M, N und V wenden (vgl. BSG Urt. v. 14.03.2018 â $_{\square}$ B 12 R 5/16 R â $_{\square}$ juris Rn. 9; Senatsurt. v. 12.07.2023 â $_{\square}$ L 8 R 541/17 â $_{\square}$ juris Rn. 29).

Â

Soweit im Eingangssatz des streitigen Bescheides vom 14.10.2013 ausgefÃ 1 /4hrt wird, M, N und V hÃ $^{\pm}$ xtten in den jeweils aufgefÃ $^{\pm}$ /4hrten ZeitrÃ $^{\pm}$ xumen in einem abhÃ $^{\pm}$ xngigen BeschÃ $^{\pm}$ xftigungsverhÃ $^{\pm}$ xltnis zur KlÃ $^{\pm}$ xgerin gestanden, sieht der Senat dies in Auslegung des Bescheides (§Â§ 133, 157 BÃ $^{\pm}$ 4rgerliches Gesetzbuch) nicht als (eigenstÃ $^{\pm}$ xndige) auf das Setzen einer Rechtsfolge gerichtete Regelung im Sinn von § 31 S. 1 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch â $^{\pm}$ Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz (SGB X) an (vgl. BSG Urt. v. 13.03.2023 â $^{\pm}$ B 12 R 6/21 R â $^{\pm}$ juris Rn. 12; Urt. v. 26.02.2019 â $^{\pm}$ B 12 R 8/18 R â $^{\pm}$ juris Rn. 16). Vielmehr handelt es sich hier um einen (komprimiert einfÃ $^{\pm}$ 4hrenden) Teil der BegrÃ $^{\pm}$ 4ndung des Bescheides fÃ $^{\pm}$ 4r die (sich anschlieÃ $^{\pm}$ ende) Feststellung der Versicherungspflicht und der Beitragsnachforderung. Die Formulierung des Bestehens einer abhÃ $^{\pm}$ xngigen BeschÃ $^{\pm}$ ftigung war daher nicht gesondert anfechtbar (vgl. BSG Urt. v. 19.10.2021 â $^{\pm}$ B 12 R 1/21 R â $^{\pm}$ juris Rn. 11 m.w.N.; Senatsbeschl. v. 10.04.2024 â $^{\pm}$ L 8 BA 126/23 â $^{\pm}$ juris Rn. 34). Hiergegen hat sich die KlÃ $^{\pm}$ xgerin â $^{\pm}$ 17 zutreffend â $^{\pm}$ 10 auch nicht ausdrÃ $^{\pm}$ 4cklich gewendet.

Â

Dahinstehen bleiben kann, ob die KlAzgerin gegen den Bescheid vom 14.10.2013

fristgemÃxà Widerspruch eingelegt hat. Eine etwaige VersÃxumung der Widerspruchsfrist steht der ZulÃxssigkeit der Klage nicht entgegen, wenn die Behörde wie hier über den Widerspruch sachlich entschieden hat (vgl. z.B. BSG Urt. v. 14.04.2011 â B 8 SO 12/09 R â D juris Rn. 18; Urt. v. 12.10.1979 â D 12 RK 19/78 â D juris Rn. 16 ff.; Binder in: Berchtold, SGG, 6.Aufl. 2021, § 84 Rn. 14; B. Schmidt in: Meyer-Ladewig/Keller/Schmidt, Sozialgerichtsgesetz, 14. Aufl. 2023, § 84 Rn. 7 m.w.N. auch zur aA; Gall in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2. Aufl. Stand 15.06.2022, § 84 SGG Rn. 46 m.w.N.).

Â

2. Das SG hat die Klage zu Recht als unbegründet abgewiesen. Die angefochtenen Bescheide beschweren die Klägerin nicht im Sinne des §Â 54 Abs. 2 S. 1 SGG, da sie nicht rechtswidrig sind. Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat zunächst auf die zutreffenden Ausführungen des SG im angefochtenen Gerichtsbescheid Bezug (§ 153 Abs. 2 SGG). Diese hat die Klägerin mit ihrem Vorbringen im Berufungsverfahren nicht zu erschüttern vermocht. Vielmehr sind sie durch die weiteren Ermittlungen des Senats bestätigt worden.

Â

Die Beklagte hat formell (hierzu unter a.) und materiell (hierzu unter b.) rechtmäÃ□ig festgestellt, dass M, N und V in den jeweils genannten Zeiträumen in ihrer Tätigkeit als Eisenflechter/Eisenbieger für die Klägerin der Versicherungspflicht in sämtlichen Zweigen der Sozialversicherung unterlagen und entsprechend Beiträge in Höhe von 57.125,22 Euro einschlieÃ□lich Säumniszuschlägen in Höhe von 8.845,50 Euro erhoben.

Â

Rechtsgrundlage fÃ 1 / 4 r den angefochtenen Bescheid ist <u>§Â 28p Abs. 1 S. 5 SGB IV</u>. Nach dieser Vorschrift erlassen die TrÃ 4 ger der gesetzlichen Rentenversicherung gegenÃ 1 / 4 ber den Arbeitgebern Verwaltungsakte zur Versicherungspflicht und BeitragshÃ 4 he in der Kranken-, Pflege-, und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der ArbeitsfÃ 4 rderung einschlieÃ 4 lich der Widerspruchsbescheide. <u>§Â 10</u> Aufwendungsausgleichsgesetz (AAG) stellt die Umlagen zum Ausgleichsverfahren (Umlagen U1 und U2) insoweit den BeitrÃ 4 gen zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) gleich (vgl. z.B. BSG Urt. v. 29.06.2021 4 <u>B 12 R 8/19 R 4 juris Rn. 10 m.w.N.).</u>

Â

a. Die von der Beklagten getroffene Entscheidung ist formell rechtm \tilde{A} $^{x}\tilde{A}$ y ig. Insbesondere ist die Kl \tilde{A} x gerin vor Erlass des sie belastenden Bescheides mit Schreiben vom 19.08.2013 \hat{A} \hat{A}

Â

b. Die streitgegenstĤndlichen Bescheide sind auch in materieller Hinsicht rechtmĤÄ□ig. M, N und V unterlagen in den streitbefangenen ZeitrĤumen der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung (hierzu unter aa.). Die Beitragsfestsetzung sowie die Erhebung von SĤumniszuschlĤgen sind nicht zu beanstanden (hierzu unter bb.).

Â

aa. M, N und V unterlagen in den jeweilig streitigen ZeitrĤumen der grundsĤtzlichen Versicherungspflicht in allen Zweigen der Sozialversicherung (hierzu unter (1)). VersicherungsfreiheitstatbestĤnde liegen nicht vor (hierzu unter (2)).

Â

(1) Der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung unterliegen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt sind (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Fýnftes Buch [SGB V], § 20 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch [SGB XI], § 1 S. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch [SGB VI], § 25 Abs. 1 S. 1 Sozialgesetzbuch Drittes Buch [SGB III]).

Â

M, N und V erhielten von der Kl \tilde{A} x gerin f \tilde{A} 1 4 r ihre T \tilde{A} x tigkeit als Eisenflechter/Eisenbinder ein Arbeitsentgelt (\tilde{A} x 14 SGB IV).

Â

Das Vorliegen einer Beschäftigung beurteilt sich nach <u>ŧ 7 Abs. 1 SGB IV</u>, wenn $\hat{a} \square \square$ wie im vorliegenden Fall $\hat{a} \square \square$ in Bindungswirkung erwachsene ($\hat{A} \S 77 SGG$) Feststellungen zum sozialversicherungsrechtlichen Status fehlen. Hiernach ist BeschÄxftigung die nichtselbststÄxndige Arbeit, insbesondere in einem Arbeitsverhältnis (Satz 1). Anhaltspunkte fþr eine Beschäftigung sind eine TÃxtigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers (Satz 2). Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG setzt eine abhängige Beschäftigung voraus, dass der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber persönlich abhängig ist. Bei einer Beschäftigung in einem fremden Betrieb ist dies der Fall, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und dabei einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung umfassenden Weisungsrecht des Arbeitgebers unterliegt. Diese Weisungsgebundenheit kann â∏∏ vornehmlich bei Diensten höherer Art â∏∏ eingeschränkt und zur â∏∏funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozessâ∏∏ verfeinert sein. Demgegenüber ist eine selbstständige Tätigkeit vornehmlich durch das eigene Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÄxtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen frei gestaltete TÄxtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Ob jemand beschĤftigt oder selbststĤndig tĤtig ist,

richtet sich danach, welche Umstände das Gesamtbild der Arbeitsleistung prägen und hängt davon ab, welche Merkmale ýberwiegen. Die Zuordnung einer Tätigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der Beschäftigung oder selbstständigen Tätigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, d.h. den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden (st. Rspr., vgl. etwa BSG Urt. v. 04.06.2019 â∏ B 12 R 11/18 R â∏ juris Rn. 14; Urt. v. 14.03.2018 â∏ B 12 R 3/17 R â∏ juris Rn. 12; zur VerfassungsmäÃ∏igkeit der Abgrenzung zwischen Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit vgl. BVerfG Beschl. v. 20.05.1996 â∏∏ BvR 21/96 â∏∏ juris Rn. 6 ff.).

Â

Zur Abgrenzung von BeschĤftigung und SelbststĤndigkeit ist regelmĤÄ \square ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prÃ $\frac{1}{4}$ fen, ob mÃ $\frac{1}{4}$ ndliche oder konkludente Ã \square nderungen erfolgt sind. Schlie \mathbb{A} lich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu pr \mathbb{A} fen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen \mathbb{A} fber den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des Rechtsverh \mathbb{A} xltnisses zum Typus der Besch \mathbb{A} xftigung oder selbstst \mathbb{A} xndigen T \mathbb{A} xtigkeit vorzunehmen und in einem weiteren Schritt zu ermitteln, ob besondere Umst \mathbb{A} xnde vorliegen, die eine hiervon abweichende Beurteilung notwendig machen (st. Rspr., vgl. z.B. \mathbb{A} BSG Urt. v. 04.06.2019 \mathbb{A} B 12 R 11/18 R \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} juris \mathbb{A} Rn. 15; Senatsurt. v. 15.12.2021 \mathbb{A} L 8 R 13/15 \mathbb{A} \mathbb{A} \mathbb{A} juris Rn. 154; Urt. v. 23.11.2020 \mathbb{A} $\mathbb{$

Â

Unter Berücksichtigung dieser MaÃ□stäbe und Abgrenzungskriterien ist der Senat zu der Ã□berzeugung gelangt, dass M, N und V in ihrer Tätigkeit als Eisenbinder bei der Klägerin beschäftigt und nicht selbstständig tätig waren.

Â

Ausgehend von den zwischen der Klägerin und M, N sowie V mündlich geschlossenen Verträgen, wie diese sich aus der gelebten Vertragspraxis ergeben, waren letztere weisungsgebunden (hierzu unter (a)) und eingegliedert in die Betriebsorganisation der Klägerin tätig (hierzu unter (b)). Eine selbstständige Tätigkeit ergibt sich auch nicht aus sonstigen Umständen (hierzu unter (c)). In der Gesamtschau überwiegen die für eine abhängige Tätigkeit sprechenden Gesichtspunkte deutlich (hierzu unter (d)).

Â

Da ein schriftlicher Vertrag über ein DauerschuldverhÃxltnis nicht vorliegt,

sondern M, N und V nach den Angaben der Vertragspartner jeweils aufgrund einzelner m \tilde{A}^{1} 4ndlicher Auftr \tilde{A} 2 ge t \tilde{A} 2 tig geworden sind, ist auf die Verh \tilde{A} 2 ltnisse abzustellen, die w \tilde{A} 2 hrend der Ausf \tilde{A}^{1} 4hrung der Einzelauftr \tilde{A} 2 ge bestehen (vgl. BSG Urt. v. 04.06.2019 â 1 B 12 R 11/18 R â 1 juris Rn. 21 m.w.N.).

Â

(a) Anders als die Klägerin versucht hat, dies darzustellen, unterlagen M, N und V zur Ã∏berzeugung des Senats ihren Weisungen. Entsprechendes ergibt sich aus dem Ergebnis der Beweisaufnahme und insbesondere der WÃ⅓rdigung aller Aussagen.

Â

M hat im Rahmen der Vernehmung vor dem HZA ausdrýcklich erklÃxrt, dass ihm in den ersten zwei Monaten seiner TĤtigkeit fļr die KlĤgerin von deren Mitarbeiter FR gesagt worden sei, was er zu tun habe. Auch die von ihm (spĤter) mit N und V gemeinsam geleistete Arbeit sei â∏ so M weiter â∏ von Mitarbeitern der KlĤgerin kontrolliert worden. Wenn es Probleme gegeben habe, sei ein Meister herübergekommen und habe es sich angeschaut. Diese Angaben stimmen mit denjenigen von V â∏ ebenfalls vor dem HZA â∏ überein, der gleichfalls mitgeteilt hat, Arbeitsanweisungen von FR und einem anderen Mitarbeiter der Klägerin erhalten zu haben, â∏da diese sich einfach besser auskanntenâ∏. Sie hÃxtten auch kontrolliert, ob alles in Ordnung sei. Die Behauptung der KlÃxgerin, M und V hAxtten die ihnen beim HZA gestellten Fragen nicht richtig verstanden bzw. der Dolmetscher habe falsch A¼bersetzt, sieht der Senat als reinen Schutzvortrag an, um die klaren, für das klägerische Begehren ungünstigen Aussagen zu entkrĤften. In der Akte finden sich keinerlei Anhaltspunkte fļr derartige Kommunikationsschwierigkeiten. Im Ã\|brigen ist ein solcher Einwand nicht einmal von M selbst in seiner spÄxteren Vernehmung vor dem SG erhoben worden.

Â

Neben den unmittelbaren Weisungen, die M, N und V von anderen Mitarbeitern der Klä¤gerin erhalten haben, unterlagen N und V auch noch den Weisungen des M. Diesem kam aufgrund seiner hä¶heren Fä¤higkeit, Plä¤ne lesen zu kä¶nnen, insoweit zur Ä∏berzeugung des Senats eine Art Vorarbeiterstellung bei der Klä¤gerin zu. So haben V (beim HZA) und N (im Erä¶rterungstermin des Senats) Ľbereinstimmend mitgeteilt, dass ihnen von M gesagt worden sei, was sie zu tun hä¤tten. Auch die Klä¤gerin selbst hat im Verfahren vor dem SG darauf hingewiesen, dass N und V aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse von M unterstä½tzt und eingewiesen worden seien. M wiederum hat seinerseits Weisungen von der Klä¤gerin erhalten. So hat N im Erä¶rterungstermin des Senats angegeben, dass M einen Plan bekommen habe, was sie arbeiten sollten. Dieser habe Gesprä¤che mit der Familie der Klä¤gerin gefä¼hrt und dann gesagt, dass sie ä∏diesen oder diesen Tag dorthin fahren und arbeitenâ∏ mä¼ssten. Die Klä¤gerin sei â∏ wenngleich nicht immer â∏ vor Ort auf der Baustelle vertreten gewesen. Bei Problemen auf der Baustelle habe M ansonsten telefonischen Kontakt

mit der KlĤgerin aufgenommen.

Â

Dass M, N und V in erheblichem Umfang weisungsgebunden tĤtig geworden sind, belegt eindrucksvoll schlieÄ lich auch das vom Zeugen JH angefļhrte und von N bestĤtigte Beispiel, wonach alle drei an einem Samstag â partoutâ nicht hĤtten kommen wollen. Die KlĤrung dieser Frage in seinem Sinn hat JH über die KlĤgerin herbeigeführt. So habe er â der Klägerin dann gesagt, dass sie kommen müssten und dann seien sie auch gekommenâ.

Â

Dahinstehen bleiben kann in diesem Zusammenhang, ob und in welchem Umfang M, N und V teilweise auch allein auf Baustellen gearbeitet haben. Nach ihrer Einweisung waren bei den von ihnen auszufýhrenden einfacheren Arbeiten keine umfangreichen konkretisierenden Weisungen zur Durchführung der Tätigkeit nötig. Insoweit genÃ⅓qt es fÃ⅓r die Annahme eines Weisungsrechts, dass M sich bei Problemen mit Nachfragen an die Klägerin gewendet und diese im Ã□brigen Kontrollen durchgefÃ⅓hrt hat. Entsprechend spielt es bei der vorzunehmenden Bewertung ebenso wenig eine Rolle, ob M, N und V neben den Weisungen der Klägerin auch zusätzlichen Anweisungen der vor Ort auf den Baustellen tätigen Architekten bzw. Bauleitern unterlagen. Die Behauptung der Klägerin, letztere seien die einzigen Weisungen an M, N und V gewesen, entbehrt â□□ wie dargelegt â□□ jeder Grundlage.

Â

Soweit die Klägerin anführt, die drei Beigeladenen hätten â \square bei schlechtem Wetter nicht gearbeitetâ \square , findet sich hierfür kein aktenkundiger Beleg. Im Ã \square brigen ist auch weder dargetan noch ersichtlich, dass dies (gerade) auf einer freien unternehmerischen Entscheidung von M, N und V beruhte.

Â

(b) M, N und V waren in ihrer Tätigkeit auch in die fremde Arbeitsorganisation der Klägerin eingegliedert.

Â

GegenÃ⅓ber den Auftraggebern der Klägerin kamen sie keinen eigenen vertraglichen Verpflichtungen nach, da sie selbst mit diesen keine Verträge geschlossen hatten. Vielmehr wurden sie bei ihren Eisenbiegearbeiten â∏lediglichâ∏ als ErfÃ⅓llungsgehilfen der Klägerin tätig (vgl. BSG Urt. v. 14.03.2018 â∏ B 12 KR 12/17 R â∏ juris Rn. 33; Senatsurt. v. 15.12.2021 â∏ L 8 R 13/15 â∏ juris Rn. 171). Sie waren insofern Teil deren Personaltableaus (vgl. z.B. Senatsurt. v. 14.06.2023 â∏ L 8 BA 208/18 â∏ juris Rn. 61; Urt. v. 14.12.2022 â∏ L 8 BA 159/19 â∏ juris Rn. 86) und wurden von der Klägerin auch â∏ ohne

erkennbare sozialversicherungsrechtliche relevante Unterschiede â∏ wie eigenes Personal eingesetzt.

Â

M, N und V erbrachten die von ihnen durchgeführten Eisenbindearbeiten auch allein in dem von der Klägerin â \square von A bis Zâ \square , d.h. von Akquise bis Zahlung organisierten Rahmen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich vollumfänglich auf die Bearbeitung von Aufträgen Dritter, um die sich die Klägerin bemþht hatte und die entsprechend ihr und nicht unmittelbar M, N und V erteilt worden waren. Es war auch die Klägerin, die für die reibungslose Durchführung der Aufträge einschlieÃ \square lich der Aufteilung von schwereren und einfacheren Arbeiten und deren Kontrolle sorgte. SchlieÃ \square lich nahm auch nur sie (zu einem weit hÃ \P heren Tonnen-/bzw. Kilopreis als demjenigen, den M, N und V ihr in Rechnung stellten) die Abrechnung der Arbeiten gegen Λ ¼ber den Kunden vor. Eine derartige Verg Λ ¼tung auf den jeweiligen Ebenen stellt ebenfalls ein Indiz f Λ ¼r eine Eingliederung dar (vgl. BSG Urt. v. 19.10.2021 â \square B 12 KR 29/19 R â \square juris Rn. 24; Urt. v 19.10.2021 â \square B 12 R 1/21 R â \square juris Rn. 23).

Â

Erweist sich die Tätigkeit des Auftragnehmers (wie hier) letztlich nur als Wahrnehmung einer Teilaufgabe des gesamten â∏Ganzenâ∏, d.h. ist er in einer solchen Konstellation â∏ je nach dem Umfang seines Teilbereichs â∏ (allein) â∏ein Rädchen bzw. Radâ∏ innerhalb des von seinem Auftraggeber organisierten und einem Dritten angebotenen gesamten Ganzen, geht dies regelmäÃ∏ig zwangsläufig mit einer Einbindung in die (engmaschige) Organisationsstruktur des Auftraggebers einher, die keinen Raum für eine wesentlich eigenständige Arbeitsorganisation lässt (vgl. Senatsurt. v. 14.06.2023 â∏ L8 BA 208/18 â∏ juris Rn. 62 m.w.N.; Senatsurt. v. 30.11.2022 â∏ L8 R 597/17 â∏ juris Rn. 106 m.w.N.).

Â

Die erfolgte Eingliederung zeigt sich in besonderem Maà darà ber hinaus daran, dass M, N und V ihre Tà tigkeit zur à berzeugung des Senats zumindest à berwiegend in Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Klà gerin erbrachten. Die gegenteilige Behauptung der Klà gerin, man habe lediglich â nebeneinander gearbeitet, wird schon durch die Aussagen der drei Beigeladenen widerlegt. So hat V im Rahmen der Vernehmung vor dem HZA ausdrà kcklich eine à kberwiegende Zusammenarbeit angegeben. Dies hat er noch dahingehend ergà nzt, dass von den Mitarbeitern der Klà gerin die schweren und von ihnen die einfachen Arbeiten, d.h. Matten legen und flechten, ausgefà khrt worden seien. Seine Angabe ist vor dem Hintergrund der geringeren Qualifikation von M und im Besonderen von V und N gegenà ber anderen Mitarbeitern der Klà gerin plausibel. à bereinstimmend mit den Angaben des V hat N bei seiner Befragung im Erà rterungstermin erklà rt, es sei â fast immerâ so gewesen, dass man mit den Mitarbeitern der Klà gerin zusammengearbeitet habe. Auch der

Zeuge TH hat im Erörterungstermin vom 28.02.2018 ausgesagt, M, N und V seien an den Tagen seiner Anwesenheit auf der Baustelle nie allein tätig gewesen, sondern vielmehr immer ein Polier als Ansprechpartner dagewesen. In welchem genauen Umfang M, N und V letztlich auch allein auf Baustellen waren, kann auch hier dahingestellt bleiben. Für eine Eingliederung genügt es (bereits), dass die Frage des Einsatzes (allein oder mit anderen) offenkundig vollständig der Disposition der Klägerin unterlag.

Â

̸ber die Zusammenarbeit mit den klägerischen Mitarbeitern hinaus haben M, N und V auf den Baustellen jedenfalls â∏ und insoweit auch von der Klägerin selbst betont â∏∏ zu dritt gearbeitet. Ein arbeitsteiliges Zusammenwirken, das eine Eingliederung indiziert, war â□□ so die Aussage des M vor dem SG â□□ schon wegen des hohen Gewichts des zu verarbeitenden Stahls erforderlich. Die gemeinsame â ☐ Bautruppeâ ☐ der drei unterstand dabei der Klà zgerin, die â ☐ wie bereits dargelegt â∏∏ Weisungen gegenüber M aussprach, der diese seinerseits an V und N weitergab. Soweit es aufgrund der internen Struktur in der Arbeitsgruppe der drei Beigeladenen auch denkbar gewesen wAxre, von einem selbststAxndigen Unternehmen des M mit V und N als seinen (eigenen) ArbeitskrÄxften auszugehen, findet dies in der Aktenlage keine Stütze. So ist von der Klägerin selbst zu keinem Zeitpunkt im Verfahren angegeben worden, sie habe nur M als Subunternehmer eingesetzt. Vielmehr hat sie stets die vermeintliche SelbststĤndigkeit und jeweils einzelne Beauftragung der drei Beigeladenen betont. Ebenso hat M ausdrücklich vor dem HZA ausgesagt, er habe die Kollegen N und V für die Klägerin und (erst) nach deren telefonischer Auskunft, dass sie noch ArbeitskrĤfte benĶtige, mit nach Deutschland gebracht. Auch nach den Angaben von N und V haben diese für die Klägerin (und nicht für M) gearbeitet. Abrechnungen gegenüber der Klägerin sind von allen dreien und nicht nur von M alleine erstellt worden.

Â

SchlieÃ \square lich sprechen auch die von M, N und V angegebenen teilweisen gemeinsamen Fahrten mit Mitarbeitern der KlÃ \square gerin fÃ 1 / 4 r eine Eingliederung. Insoweit stellt auch die Nutzung der Autos der KlÃ \square gerin als deren Betriebsmittel ein Kriterium der Eingliederung dar (vgl. z.B. Senatsurt. v. 14.06.2023 â \square <u>L 8 BA 208/18</u> â \square juris Rn. 64 m.w.N.; Urt. v. 30.11.2022 â \square <u>L 8 R 597/17</u> â \square juris Rn. 104; Urt. v. 22.06.2020 â \square <u>L 8 BA 78/18</u> â \square juris Rn. 52).

Â

Soweit die Klägerin behauptet, M, N und V hätten â∏keinen regelmäÃ∏igen Anwesenheits- oder Arbeitszeiten unterlegenâ∏, ist dies schon im Hinblick darauf nicht glaubhaft, dass sie (die Klägerin) selbst in den ihr erteilten Aufträgen eigenen Pflichten unterlag, für deren Erledigung sie zu sorgen hatte. Hinzu kommt, dass die gemeinsame Anfahrt von M, N und V zur Baustelle mit den Mitarbeitern der Klägerin konkret abgesprochene Zeiten voraussetzte. Im Ã∏brigen

zeigen sich regelmäÃ∏ige volle Arbeitstage durch die Aussage des F im Erörterungstermin des Senats, nach der M, N und V â∏morgens aufgestanden und abends müde wieder nach Hause gekommenâ∏ seien.

Â

Dahinstehen kann, ob der weitere Vortrag der Klägerin, die drei Beigeladenen hätten keinen Kontrollen in Form von z.B. Arbeitszeiterfassungen unterlegen, zutrifft. Derartige Aufzeichnungen waren im Hinblick auf die häufige gemeinsame Anwesenheit von Mitarbeitern der Klägerin mit M, N und V nicht erforderlich. Im Ã□brigen konnten ihre Arbeitsleistungen aber auch ohnehin unmittelbar am Arbeitsergebnis abgelesen werden.

Â

(c) Der genannten Weisungsbindung und Eingliederung in den Betrieb der Klägerin stehen keine Gesichtspunkte gegenüber, die im Rahmen der Gesamtabwägung gleichwohl für eine selbstständige Tätigkeit sprechen könnten.

Â

(aa) In den streitigen ZeitrĤumen verfļgten M, N und V nicht über eine eigene BetriebsstÄxtte. Bei der von ihnen anlÄxsslich der Gewerbeanmeldung identisch angegebenen â∏Betriebsanschriftâ∏∏ handelte es sich allein um die von ihnen (gemeinsam) zu Wohnzwecken genutzte Wohnung. Allein der Umstand, dass in der privaten Wohnung Rechnungen geschrieben werden, macht diese nicht zu einer BetriebsstÃxtte. Ein Arbeitsplatz in der eigenen Wohnung (hÃxusliches Arbeitszimmer) stellt grundsÃxtzlich keine eigene BetriebsstÃxtte dar (vgl. Senatsbeschl. v. 15.05.2023 $\hat{a} \square \square \underline{L \ 8 \ BA \ 32/23 \ B \ ER} \ \hat{a} \square \square$ juris Rn. 13; Senatsurt. v. 23.11.2020 â_{□□} <u>L 8 BA 155/19</u> â_{□□} juris Rn. 63; BFH Beschl. v. 09.05.2017 â_{□□} <u>X B</u> 23/17). Dies gilt umso mehr, wenn das Kernstýck der TÃxtigkeit, hier das Eisenflechten, in der Privatwohnung überhaupt nicht ausgeübt wird. Auch ein Lager für Betriebsmittel haben M, N und V ausweislich der entsprechenden Aussagen des M nicht vorgehalten. Soweit die KlÄzgerin im Berufungsverfahren geltend macht, dass eine BetriebsstÄxtte fļr die TÄxtigkeit gar nicht benĶtigt worden sei, Axndert dies nichts daran, dass beim Fehlen einer solchen BetriebsstÃxtte eben (zu ihren Lasten) auch kein positives Indiz für eine SelbststĤndigkeit gegeben ist.

Â

(bb) Ebenso wenig liegt ein unternehmerisches Risiko im Sinne der Sozialversicherung vor. MaÄ□gebendes Kriterium hierfür ist nach den vom BSG entwickelten Grundsätzen (vgl. z.B. BSG Urt. v. 31.03.2017 â□□ B 12 KR 16/14 R â□□ juris Rn. 33 m.w.N.), denen sich der Senat in seiner ständigen Rechtsprechung angeschlossen hat (vgl. z.B. Senatsurt. v. 26.01.2022 â□□ L 8 BA 51/20 â□□ juris Rn. 38; Senatsurt. v. 29.01.2020 â□□ L 8 BA 153/19 â□□ juris Rn. 64 m.w.N.), ob eigenes Kapital oder die eigene Arbeitskraft auch mit der Gefahr des Verlustes eingesetzt

wird, der Erfolg des Einsatzes der sächlichen und persönlichen Mittel also ungewiss ist. Allerdings ist ein unternehmerisches Risiko nur dann Hinweis auf eine selbstständige Tätigkeit, wenn diesem Risiko auch gröÃ \Box ere Freiheiten in der Gestaltung und der Bestimmung des Umfangs beim Einsatz der eigenen Arbeitskraft oder gröÃ \Box ere Verdienstmöglichkeiten gegenýberstehen (st. Rspr., vgl. z.B. BSG Urt. v. 31.03.2017 â \Box B 12 KR 16/14 R â \Box juris Rn. 33; Urt. v. 18.11.2015 â \Box B 12 KR 16/13 R â \Box juris Rn. 36). Aus dem (allgemeinen) Risiko, auÃ \Box erhalb der Erledigung einzelner Aufträge zeitweise die eigene Arbeitskraft ggf. nicht verwerten zu können, folgt â \Box entgegen der Auffassung der Klägerin â \Box kein Unternehmerrisiko bezýglich der einzelnen Einsätze (vgl. BSG Urt. v. 18.11.2015 â \Box B 12 KR 16/13 R â \Box juris Rn. 36).

Â

Kapital fýr eigene Betriebsmittel haben M, N und V nicht in relevantem MaÃ∏ eingesetzt. Von einem solchen Risiko ist nur dann auszugehen, wenn GegenstĤnde gerade im Hinblick auf die ausgeļbte TĤtigkeit angeschafft, hierfļr eingesetzt und das aufgewandte Kapital bei Verlust des Auftrags und/oder ausbleibender weiterer AuftrĤge als verloren anzusehen wĤre; dies ist bei GegenstĤnden wie hier, die in den meisten Haushalten ohnehin regelmäÃ∏ig zur privaten Nutzung vorhanden sind, in der Regel nicht der Fall (vgl. BSG Urt. v. 31.03.2017 â∏ B 12 R <u>7/15 R</u> â_{□□} juris Rn. 43; Urt. v. 18.11.2015 â_{□□} <u>B 12 KR 16/13 R</u> â_{□□} juris Rn. 37). Das teilweise eingesetzte eigene Fahrzeug des N war ein Privat-PKW, den auch Arbeitnehmer für den Weg zur Arbeit verwenden. Die Nutzung des ebenfalls schon vorhandenen PC mit Drucker fÃ1/4r das Erstellen allein der Rechnungen stellt Kleinwerkzeug wie Zange und Schere vorgehalten. Die wesentlichen fÃ¹/₄r die Tätigkeit (ebenfalls) notwendigen Betriebsmittel wie u.a. Eisen, Draht und Biegevorrichtungen sind ihnen gestellt worden. Fehlen â∏ wie hier â∏ derartige für die Tätigkeit erforderliche Investitionen, so mangelt es entsprechend (auch diesbezüglich) an einem (positiven) Indiz für eine selbstständige Tätigkeit.

Â

Ihre Arbeitskraft mussten M, N und V angesichts der vertraglich vereinbarten Gegenleistung in Form einer festen Vergýtung â \square hier in Form eines Tonnen-/bzw. Kilopreises â \square nicht mit der Gefahr des Verlustes einsetzen. Eine feste Vergþtung ist eine typische Regelung für einen Arbeitsvertrag (vgl. z.B. BSG Urt. v. 24.10.2023 â \square B 12 R 9/21 R â \square juris Rn. 21; Urt. v. 28.06.2022 â \square B 12 R 4/20 R â \square juris Rn. 21; Urt. v. 19.09.2019 â \square B 12 R 25/18 R â \square juris Rn. 17). GröÃ \square ere Freiheiten bestanden nicht. Das verbleibende Risiko der Insolvenz des Auftrag- bzw. Arbeitgebers trifft Arbeitnehmer in gleicher Weise (vgl. z.B. BSG, Urt. v. 18.11.2015 â \square B 12 KR 16/13 R â \square juris Rn. 37).

Â

M, N und V haben ihre TÃxtigkeit zudem âx0 arbeitnehmertypisch âx0 hÃx1 haben ihre TÃx2 tigkeit zudem âx3 arbeitnehmertypisch âx4 nlich erbracht. Ãx5 ber eigene BeschÃx5 ftigte verfÃx6 picht und

damit auch nicht $\tilde{A}^{1/4}$ ber eine betriebliche Infrastruktur und ein entsprechendes Unternehmerrisiko in personeller Hinsicht (vgl. Senatsurt. v. 15.12.2021 \hat{a}_{\square} <u>L 8 R 13/15</u> \hat{a}_{\square} juris Rn. 177). Auch traf sie keine Pflicht, eine Ersatzkraft zu stellen; vielmehr sorgte gleichfalls arbeitnehmertypisch die Kl \tilde{A} ¤gerin im Falle ihrer Verhinderung f $\tilde{A}^{1/4}$ r die anderweitige Erledigung der Aufgaben (vgl. BSG Urt. v. 22.06.2005 \hat{A} \hat{a}_{\square} <u>B 12 KR 28/03 R</u> \hat{A} \hat{a}_{\square} juris Rn. 29; Senatsurt. v. 12.07.2023 \hat{a}_{\square} <u>L 8 R 541/17 \hat{A}_{\square} iuris Rn. 58).</u>

Â

(cc) Soweit die KlĤgerin M, N und V keine Entgeltfortzahlung bei Krankheit und Urlaub gewĤhrt hat, kommt diesem Umstand statusrechtlich keine eigenstĤndige Bedeutung zu. Vertragsklauseln bzw. vertragliche â∏ auch mündliche â∏ Vereinbarungen, die darauf gerichtet sind, an den Arbeitnehmer- bzw. BeschĤftigtenstatus anknüpfende arbeits-, steuer- und sozialrechtliche Regelungen abzubedingen bzw. zu vermeiden, lassen, auch wenn sie in der Praxis tatsächlich umgesetzt werden, ausschlieÃ∏lich Rückschlüsse auf den Willen der Vertragsparteien, BeschĤftigung auszuschlieÄ∏en, zu. Darļber hinaus haben sie bei der im Rahmen des <u>§ 7 Abs. 1 SGB IV</u> vorzunehmenden Gesamtabwägung keine eigenstĤndige Bedeutung. Vielmehr setzen sie bereits das Fehlen des Status als Arbeitnehmer bzw. BeschĤftigter voraus und sind daher eher Folge einer rechtsirrigen StatuseinschÄxtzung als Indiz fļr eine solche. Allein die Belastung eines ErwerbstĤtigen, der im Ä\|Drigen nach der tats\(\text{A}\)\(\text{xchlichen Gestaltung des } \) gegenseitigen VerhĤltnisses als abhĤngig BeschĤftigter anzusehen ist, mit zusÄxtzlichen Risiken rechtfertigt nicht die Annahme von SelbststÄxndigkeit im Rechtssinne (vgl. z.B. Senatsurt. v. 29.01.2020 â∏∏ <u>L 8 BA 153/19</u> â∏∏ juris Rn. 68; Urt. v. 14.08.2019 â□□ <u>L 8 R 456/17</u> â□□ juris Rn. 84; BSG Urt. v. 18.11.2015 â□□ <u>B</u> 12 KR 16/13 R â∏∏ juris Rn. 27). Vor dem Hintergrund einer (ohnehin) fehlenden Entgeltfortzahlung bei Urlaub kann auch dahinstehen, ob die Behauptung der KlĤgerin zutrifft, Urlaubsvereinbarungen seien nie getroffen worden.

Â

(dd) Offenbleiben kann dementsprechend gleichermaÃ□en, ob die Behauptung der Klägerin zutrifft, M, N und V seien einem Gewährleistungs- und Haftungsrisiko ausgesetzt gewesen. Unabhängig davon, dass ein solches Risiko im gesamten Streitzeitraum nicht realisiert worden ist, lieÃ□e auch dessen Vereinbarung vorliegend nur den Rýckschluss auf den (unzulässigen, vgl. § 32 Sozialgesetzbuch Erstes Buch â□□ SGB I) Willen der Vertragsparteien zu, Beschäftigung auszuschlieÃ□en.

Â

(ee) Entgegen der Auffassung der Klägerin kommt der Möglichkeit von M, N und V, insbesondere auch im Zusammenspiel mit der Auftragsausführung für andere Arbeitgeber frei über eine Auftragsannahme oder -ablehnung entscheiden zu können, keine relevante Indizwirkung für eine selbstständige Tätigkeit zu. Dies gilt auch für die von der Klägerin angeführte â∏privateâ∏ Tätigkeit in

Mazedonien. Vielmehr stellt sich die Situation für die Beigeladenen vor Annahme eines Auftrags letztlich nicht anders dar als für einen Arbeitsuchenden, dem es ebenfalls freisteht, eine ihm angebotene (ggf. befristete Teilzeit-) Arbeitsgelegenheit anzunehmen oder nicht. Zugleich haben jedenfalls Teilzeitbeschäftigte die Möglichkeit, in nennenswertem Umfang nebeneinander für mehrere Arbeitgeber tätig zu sein. Auch solche Beschäftigte müssen angebotene Beschäftigungen ablehnen, wenn sich Arbeitszeiten überschneiden oder gesetzliche Arbeitszeitgrenzen erreicht sind (vgl. BSG Urt. v. 18.11.2015 â \bigcirc B 12 KR 16/13 R â \bigcirc juris Rn. 28). Gewicht erhält eine Tätigkeit für mehrere Auftraggeber daher erst, wenn sie in relevantem Umfang oder sogar schwerpunktmäÃ \bigcirc g stattfindet (vgl. BSG Urt. v. 04.09.2018 â \bigcirc B 12 KR 11/17 R â \bigcirc juris Rn. 23) und sich in der Zusammenschau mit weiteren typischen Merkmalen einer selbstständigen Tätigkeit, wie z.B. einem werbenden Auftreten am Markt für die angebotenen Leistungen, ergibt (vgl. BSG Urt. v. 04.06.2019 â \bigcirc B 12 R 11/18 R â \bigcirc juris Rn. 35 m.w.N.).

Â

M, N und V sind â□□ zumal bei mangelnden Deutschkenntnissen â□□ bereits nicht werbend am Markt aufgetreten. Auch das Tätigwerden fýr andere Auftraggeber hat im hier streitigen Zeitraum nach ihrer eigenen Einlassung nicht in relevantem Umfang stattgefunden. So ist durch M ausdrýcklich angegeben worden, sie hätten bis auf einen Auftrag im Jahr 2011 und zwei Aufträge im Jahr 2012 (jeweils in Mazedonien) nur für die Klägerin gearbeitet. Auch Quittungen über Aufträge Dritter sind nur in ganz geringem Umfang vorgelegt worden.

Â

Soweit die KlĤgerin und M im Verfahren vor dem SG behauptet haben, M, N und V hĤtten ihre (gemeinsamen) Leistungen auch den Bauunternehmern Ma und W unmittelbar in Rechnung gestellt und seien dann von diesen bezahlt worden, fehlen hierfýr Belege. Vielmehr hat die Firma W auf Nachfrage des HZA ausdrücklich mitgeteilt, dass ihr Einzelfirmen von M, N und V unbekannt seien. Wenngleich der Zeuge JH im Erörterungstermin des Senats am 02.08.2023 angegeben hat, M, N und V hätten auch â□3-4 Malâ□ direkt für ihn Eisen gebunden und entsprechende Rechnungen gestellt, so sind diese von ihm nicht vorgelegt worden. Unklar ist auch, ob es sich dabei überhaupt um Tätigkeiten im konkreten Streitzeitraum handelte. Hiergegen spricht, dass die Entgelte, die die Klägerin V und N im Jahr 2011 gezahlt hat, genau den Beträgen entsprechen, die deren vom Steuerberater erstellte Einnahme-Ã□berschuss-Rechnungen aufweisen.

Â

Soweit der Zeuge AJ im ErĶrterungstermin vom 28.02.2018 die Auffassung vertreten hat, dass M, N und V selbststĤndig tĤtig gewesen seien, ist dies zutreffend bereits vom SG als lediglich subjektive (fehlerhafte) EinschĤtzung beurteilt worden. Hierbei ist auch zu beachten, dass AJ auch nach seinen eigenen Angaben nicht wusste, woher die drei Beigeladenen ihre AuftrĤge bekommen

hÃxtten. Belege dafÃ $\frac{1}{4}$ r, dass M, N und V im Streitzeitraum fÃ $\frac{1}{4}$ r die Firma C, bei der AJ selbst arbeitete, als selbststÃxndige Unternehmer tÃxtig geworden sind, liegen jedenfalls nicht vor. So hat diese Firma auf Nachfrage des HZA im dortigen Verfahren mitgeteilt, Rechnungen von M, N und V seien ihr gegenÃ $\frac{1}{4}$ ber nicht ausgestellt worden.

Â

Unabhängig davon, dass nennenswerte (andere) Aufträge von M, N und V im Streitzeitraum damit nicht belegt sind, stellt die Tätigkeit fýr mehrere Auftraggeber dann kein relevantes Indiz fýr eine selbstständige Tätigkeit dar, wenn â \square wie dies hier der Fall ist â \square die Dispositionsfreiheit des Auftragnehmers schon insoweit Berýcksichtigung findet, als fýr die Beurteilung auf den jeweiligen Einzelauftrag abgestellt wird (vgl. BSG Urt. v. 04.06.2019 â \square B 12 R 11/18 R â \square juris Rn. 35).

Â

(ff) Dass die HA¶he des an M, N und V gezahlten Entgelts ganz wesentlich A¼ber demjenigen entsprechender angestellter KrÄxfte lag, ist im Verfahren von der Klägerin nicht hinreichend erkennbar gemacht geworden, im Ã∏brigen jedoch auch unbeachtlich. Selbst wenn man von einer erheblichen HonorarhĶhe ausginge, sprÃxche diese nicht relevant für SelbststÃxndigkeit. Das für eine TÃxtigkeit vereinbarte Entgelt stellt nur eines von vielen in der Gesamtwürdigung zu berücksichtigenden Indizien dar, das vorliegend nicht ausschlaggebend ist. Der Umfang des vereinbarten Honorars ist als Ausdruck des Parteiwillens zu werten. Diesem Willen kommt eine potentielle Bedeutung fÃ¹/₄r die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung jedoch nur dann zu, wenn er den festgestellten sonstigen tatsÄxchlichen VerhÄxltnissen nicht offensichtlich widerspricht und durch weitere Aspekte gestýtzt wird bzw. die übrigen Umstände gleichermaÃ∏en für Selbstständigkeit wie für eine Beschäftigung sprechen. Nur unter diesen â∏∏ hier nicht gegebenen â∏∏ Voraussetzungen ist der Parteiwille als ein auf SelbststĤndigkeit deutendes Indiz in die GesamtabwĤgung einzustellen; hierdurch wird eine SelbststĤndigkeit jedoch nicht vorfestgelegt (vgl. ausführlich BSG Urt. v. 04.06.2019 â \square \square B 12 R 11/18 R â \square \square juris Rn. 36). Die EinschrĤnkung der indiziellen Bedeutung der HonorarhĶhe ergibt sich daraus, dass die Sozialversicherung auch dem Schutz der Interessen der Mitglieder von in Pflichtversicherungssystemen zusammengeschlossenen SolidargeÂmeinÂÂschaften verpflichtet ist. Den Beteiligten steht keine Dispositionsfreiheit in dem Sinne zu, dass sich der Auftraggeber durch die Vereinbarung eines Zuschlages zu einem üblichen Stundenlohn eines vergleichbaren abhängig Beschäftigten von der Sozialversicherungspflicht â∏freikaufenâ∏ kann (vgl. BSG Urt. v. 04.06.2019 â∏ B 12 R 11/18 R â∏∏ juris Rn. 37 m.w.N.; Senatsbeschl. v. 14.03.2022Â â∏∏ <u>L 8 BA</u> 110/21Â â∏∏ juris Rn. 51).

Â

(gg) Der Umstand, dass die Beigeladenen ein Gewerbe angemeldet hatten, spricht

gleichfalls nicht fýr eine selbstständige Tätigkeit, da dieses formale Kriterium fýr die Beurteilung der tatsächlichen Ausgestaltung der zu beurteilenden Tätigkeit ohne wesentliche Aussagekraft ist. Der sozialversicherungsrechtliche Status eines Betriebsinhabers wird seitens der Gewerbeaufsicht nicht geprýft (vgl. z.B. (vgl. z.B. Senatsurt. v. 12.07.2023 â \square L 8 R 541/17 â \square juris Rn. 66: Senatsbeschl. v. 15.05.2023 â \square L 8 BA 32/23 B ER â \square juris Rn. 16; Beschl. v. 16.03.2023 â \square L 8 R 997/17 â \square juris Rn. 43). Sozialversicherungsrechtliche Statusfeststellungen können vielmehr ausschlieÃ \square lich in den Verfahren nach §Â§ 7a, 28h Abs. 2, 28p Abs. 1 S. 5 SGB IV erfolgen.

Â

(hh) Ebenso wenig ist das Erstellen von Rechnungen durch M, N und V ein fÃ $\frac{1}{4}$ r SelbststÃ $\frac{1}{4}$ ndigkeit sprechendes Indiz. Vielmehr handelt es sich hierbei letztlich nur um eine Folge der rechtlich fehlerhaften Statuseinordnung (vgl. Senatsurt. v. 30.11.2022 â $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{4$

Â

(ii) Soweit die KlĤgerin wohl meint, aus dem Umstand, dass sie selbst auch nicht über mehr Betriebsmittel verfügt habe als M, N und V, sei auf deren Selbstständigkeit zu schlieÃ∏en, vermag dieser Vergleich ihr Begehren nicht zu tragen. Zum einen fehlt es bereits an einer Aufstellung aller (eigenen) Betriebsmittel. Diese dýrften im Ã\prigen schon allein im Hinblick auf die Firmenwagen, mit denen die Mitarbeiter zu den Baustellen gefahren sind, die Kosten der von M, N und V beschafften Arbeitsmittel (Schere, Zange, Draht, Bauhelm) weit übersteigen. Darüber hinaus erfordert die Statusbeurteilung â∏∏ wie dargelegt â∏ stets eine Prüfung und Würdigung aller Gesamtumstände und kann nicht auf den Vergleich eines einzelnen Merkmals gestļtzt werden. Dass zwischen der KlĤgerin selbst und M, N und V (sozialversicherungsrechtlich) ganz relevante Unterschiede bestehen, dürfte dabei für die (rechtskundig vertretene) Klägerin offenkundig auf der Hand liegen. Beispielhaft sei lediglich erwähnt, dass sie â∏ anders als M, N und V â∏ Aufträge ihrer verschiedenen Auftraggeber selbst akquirierte, deren Abwicklung organisierte und auch unmittelbar abrechnete. Hierfür setzte sie eigenes Personal ein und übernahm schon deshalb ein unternehmerisches Risiko.

Â

jji) Auch die steuerrechtliche Einordnung der Tätigkeit von M, N und V ist entgegen der Ansicht der Klägerin nicht erheblich. Der Sonderrechtsbereich sozialversicherungsrechtÂlicher Abwägungsentscheidungen erfordert eigenständige WÃ⅓rdigungen; eine uneingeschränkte Parallelität zu anderen (Teil-)Bereichen der Gesamtrechtsordnung liegt insofern von vornherein nicht vor (vgl. BSG Urt. v. 11.11.2015 â∏ B 12 KR 13/14 R â∏ juris Rn. 24 m.w.N.; Senatsurt. v. 14.06.2023 â∏∏ L 8 BA 208/18 â∏∏ juris Rn. 74; Urt. v. 26.01.2022 â∏∏ L 8 BA

98/20 â□□ juris Rn. 71). Die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung wird durch die steuerrechtliche Bewertung nicht determiniert, da zwischen arbeits- und sozialrechtlicher Einordnung einerseits und ihrer steuerrechtlichen Behandlung andererseits keine wechselseitigen Bindungen bestehen (vgl. Senatsbeschl. v. 16.03.2023 â□□ L 8 R 997/17 â□□ juris Rn. 46; Urt. v. 15.03.2023 â□□ L 8 BA 132/19 â□□ juris Rn. 59; Beschl. v. 14.03.2022 â□□ L 8 BA 110/21 â□□ juris Rn. 49 m.w.N.).

Â

(d) Angesichts des Umstandes, dass sich die in Â§Â 7 Abs. 1 S. 2 SGB IV gesetzlich ausdrücklich hervorgehobenen (â∏insbesondereâ∏) Kriterien für eine abhängige Beschäftigung â∏∏ Weisungsgebundenheit und Eingliederung â∏∏ feststellen lassen und M, N und V im Streitzeitraum weder über eine eigene BetriebsstÄxtte verfļgt noch ein unternehmerisches Risiko getragen haben, sprechen alle wesentlichen Abgrenzungskriterien få½r eine abhå¤ngige BeschÄxftigung und damit gegen eine selbststÄxndige TÄxtigkeit. Zur ̸berzeugung des Senats haben die drei Beigeladenen â∏∏ wie von ihnen selbst auch angegeben $\hat{a} \square \square$ ein Gewerbe ($\tilde{A}^{1/4}$ berhaupt) nur zu dem Zweck angemeldet, in Deutschland eine legale TÄxtigkeit aufnehmen zu kĶnnen. Eine tatsÄxchliche Einrichtung und Ausübung dieses Gewerbebetriebs hat anschlieÃ⊓end bei u.a. mangelnden hĶheren fachlichen Qualifikationen sowie auch fehlenden Deutschkenntnissen offenkundig nicht stattgefunden. N und V mussten sich sogar die der KlĤgerin ausgestellten Rechnungen schreiben lassen, wobei N über einen langen Zeitraum nicht einmal der einfache Umstand auffiel, dass sein eigener (gro̸gedruckter) Name einen Tippfehler enthielt. Hätten M, N und V tatsächlich eigene (selbstständige) Unternehmern geführt, wäre im Ã∏brigen deren Vereinbarung von AuftrĤgen statt mit der KlĤgerin unmittelbar â∏ und damit deutlich höher bezahlt â∏ mit Bauunternehmen wie den Firmen C, Ma und W zu erwarten gewesen.

Â

Ist in der Gesamtschau deutlich von einer BeschĤftigung auszugehen, kann eine SelbststĤndigkeit von M, N und V auch nicht dadurch begrļndet werden, dass dies von der KlĤgerin und/oder ihnen so gewünscht war. Ein derartiger Wille kann generell nur dann von Bedeutung sein, wenn der AbwĤgungsprozess (anders als hier) kein ̸berwiegen von Gesichtspunkten für den einen oder den anderen Status ergibt (vgl. z.B. BSG Urt. v. 14.03.2018 $\hat{a} \square \square B 12 R 3/17 R \hat{a} \square \square$ juris Rn. 13 m.w.N.; Senatsurt. v. 23.11.2020 â∏∏ L 8 BA 155/19 â∏∏ juris Rn. 105). Der besondere Schutzzweck der Sozialversicherung schlie̸t es aus, dass über die rechtliche Einordnung einer Person â∏ als selbstständig oder beschäftigt â∏∏ allein die VertragsschlieÄ∏enden entscheiden. Ä∏ber zwingende Normen kann nicht im Wege der Privatautonomie verfügt werden. Vielmehr kommt es entscheidend auf die tatsÄxchliche Ausgestaltung und Durchfļhrung der VertragsverhÄxltnisse an (vgl. BSG Urt. v. 28.06.2022 â∏∏ B 12 R 3/20 R â∏∏ juris Rn. 12 m.w.N.; Urt. v. 19.10.2021 â_{□□} <u>B 12 KR 29/19 R</u> â_{□□} juris Rn. 13; Urt. v 19.10.2021 â_{□□} <u>B 12 R 1/21</u> R â∏ juris Rn. 14; Urt. v. 23.02.2021 â∏ B 12 R 15/19 R â∏ Rn. 14; Urt. v. 04.09.2018 â∏∏ B 12 KR 11/17 R â∏∏ juris Rn. 19; Senatsurt. v. 12.07.2023 â∏∏ L 8 R 1089/16 â□□ juris Rn. 70; Urt. v. 12.07.2023 â□□ <u>L 8 R 541/17</u> â□□ juris Rn. 38; Urt. v. 30.11.2022 â□□ <u>L 8 R 597/17</u> â□□ juris Rn. 85).

Â

Soweit die Klägerin ihre mit M, N und V mþndlich geschlossenen Verträge selbst als Werkverträge bezeichnet, vermag allein eine solche â \square Etikettierungâ \square der parteilichen Vereinbarung mangels der (wie genannt) fehlenden Entscheidungsfreiheit der Parteien über den sozialversicherungsrechtlichen Status kein relevantes Indiz für die hier zu treffende Beurteilung darzustellen. Dies entspricht der arbeitsgerichtlichen Beurteilung, nach der zwingende gesetzliche Regelungen für Arbeitsverhältnisse nicht dadurch abbedungen werden können, dass Parteien ihrem Arbeitsverhältnis eine andere Bezeichnung geben (vgl. BAG Urt. v. 25.09.2013Â â \square 10 AZR 282/12Â â \square juris Rn. 16).

Â

Im \tilde{A} brigen teilt der Senat die gew \tilde{A} xhlte Klassifizierung als \hat{a} Werkvertrag \hat{a} in Abgrenzung zu einem Arbeitsvertrag auch nicht. Wird eine geschuldete \tilde{A} xtigkeit durch den \hat{a} Besteller \hat{a} geplant und organisiert und ist der vermeintliche \hat{a} Werkunternehmer \hat{a} in den arbeitsteiligen Prozess in einer Weise eingegliedert, die eine eigenverantwortliche Organisation der Erstellung des vereinbarten \hat{a} Werks \hat{a} faktisch ausschlie \hat{A} t, liegt ein Arbeitsvertrag nahe (vgl. BSG Urt. v. 31.03.2017 \hat{a} B 12 KR 16/14 R \hat{a} juris Rn. 34 m.w.N.; Senatsurt. v. 12.07.2023 \hat{a} L 8 R 541/17 \hat{a} juris Rn. 62 m.w.N.). Dass hier (gerade) Letzteres der Fall war, ist bereits ausf \hat{A} 4hrlich dargelegt worden.

Â

(2) VersicherungsfreiheitstatbestĤnde greifen vorliegend nicht.

Â

(a) M, N und V waren bei der Klägerin im streitigen Zeitraum nicht unständig im Sinne von § 27 Abs. 3 Nr. 1 SGB III tätig. Entsprechende Anhaltspunkte lassen sich weder den Angaben der Klägerin bzw. denjenigen von M, N und V noch den eingereichten Unterlagen, insbesondere den Abrechnungen, entnehmen.

Â

(b) Eine hauptberuflich selbstständige Erwerbstätigkeit im Sinne von § 5 Abs. 5 S. 1 SGB V ist nicht belegt. M, N und V sind im streitigen Zeitraum ù¼berwiegend fù¼r die Klägerin tätig geworden, so dass daneben eine oder mehrere weitere selbstständige Tätigkeiten, die das hiesige Beschäftigungsverhältnis deutlich ù¼berstiegen und somit den Mittelpunkt der Erwerbstätigkeit hätten bilden können (vgl. z.B. BSG Urt. v. 23.07.2014 â□□ B 12 KR 16/12 R â□□ juris Rn. 15), nicht realisierbar waren.

bb. Einw \tilde{A} ¤nde bez \tilde{A} ½glich der Beitragsberechnung und -h \tilde{A} ¶he sind nicht erhoben worden und auch nicht ersichtlich. Die Voraussetzungen f \tilde{A} ½r die Festsetzungen von S \tilde{A} ¤umniszuschl \tilde{A} ¤gen liegen vor.

Â

Fýr Beiträge und Beitragsvorschýsse, die der Zahlungspflichtige nicht bis zum Ablauf des Fälligkeitstages gezahlt hat, ist nach § 24 Abs. 1 S. 1 SGB IV fþr jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von einem Prozent des rückständigen, auf 50 Euro nach unten abgerundeten Betrages zu zahlen. Wird eine Beitragsforderung durch Bescheid mit Wirkung fþr die Vergangenheit festgestellt, ist gemäÃ∏ § 24 Abs. 2 SGB IV ein darauf entfallender Säumniszuschlag nicht zu erheben, soweit der Beitragsschuldner glaubhaft macht, dass er unverschuldet keine Kenntnis von der Zahlungspflicht hatte.

Â

Kenntnis von der Zahlungspflicht nach <u>ŧ 24 Abs. 2 SGB IV</u> ist das sichere Wissen darum, rechtlich und tatsĤchlich zur Zahlung von BeitrĤgen verpflichtet zu sein. Sie liegt bei einem nach <u>ŧ 28e zahlungspflichtigen Arbeitgeber vor, wenn er die seine</u> Beitragsschuld begrýndenden Tatsachen kennt, weil er zumindest als Parallelwertung in der Laiensphäre nachvollzieht, dass einerseits Beschäftigung vorliegt und diese andererseits die Beitragspflicht nach sich zieht. Allein das Fehlen der Kenntnis von der Beitragszahlungspflicht steht der Festsetzung von Säumniszuschlägen noch nicht entgegen. Vielmehr sind Säumniszuschläge nur dann nicht zu erheben, wenn die Unkenntnis unverschuldet ist (vgl. BSG Urt. v. 12.12.2018 â□□ <u>B 12 R 15/18 R</u> â□□ juris Rn. 12 f. m.w.N.)

Â

Es kann vorliegend offenbleiben, ob die Kl \tilde{A} x gerin, die nach eigenen Angaben allein f \tilde{A} 1 4 r die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung zust \tilde{A} x ndig war, tats \tilde{A} x chlich keine (positive) Kenntnis von der Beitragspflicht hinsichtlich der T \tilde{A} x tigkeit von M, N und V hatte, denn jedenfalls war diese Unkenntnis nicht unverschuldet.

Â

Verschulden im Sinne des $\frac{\hat{A}\S}{24}$ Abs. 2 SGB IV setzt mindestens bedingten Vorsatz voraus (vgl. \hat{A} BSG Urt. v. 12.12.2018 \hat{a}_{\square} B 12 R 15/18 R \hat{a}_{\square} juris Rn. 13 ff.). Vors \hat{A} xtzlich in Form des bedingten Vorsatzes handelt, wer als Beitragspflichtiger seine Beitragspflicht zumindest f \hat{A}^{1} 4r m \hat{A} glich gehalten, die Nichtabf \hat{A}^{1} 4hrung der Beitr \hat{A} xge aber billigend in Kauf genommen hat (vgl. z.B. BSG Urt. v. 12.12.2018 \hat{a}_{\square} B 12 R 15/18 R \hat{a}_{\square} juris Rn. 17; Urt. v. 18.11.2015 \hat{a}_{\square} B 12 R 7/14 R \hat{a}_{\square} juris Rn. 27 mwN; Urt. v. 30.03.2000 \hat{a}_{\square} B 12 KR 14/99 R \hat{a}_{\square} juris Rn. 23; Senatsbeschl. v. 27.02.2023 \hat{a}_{\square} L 8 BA 48/21 B ER \hat{a}_{\square} juris Rn. 12 m.w.N.).

Vorliegend ist der Senat nach den sich aus der Akte ergebenden Gesamtumständen davon überzeugt, dass die Klägerin ihre Beitragspflicht fþr M, N und V für möglich gehalten und die Nichtabführung der Beiträge billigend in Kauf genommen hat. Die Indizien für das Vorliegen ihrer Arbeitgeberstellung und der entsprechenden Beitragspflicht waren â∏ wie ausführlich dargelegt â∏ eindeutig. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Klägerin (auch) festangestellte Eisenbinder sozialversicherungspflichtig beschäftigte, wobei ein relevanter Unterschied in den Tätigkeiten selbst nicht bestand und von der Klägerin auch nicht benannt worden ist. Zu berücksichtigten ist darüber hinaus, dass M, N und V als bulgarische Staatsangehörige im streitigen Zeitraum mangels Arbeitserlaubnis nicht rechtlich zulässig als Beschäftigte tätig werden konnten. Dies war der Klägerin, die Arbeitskräfte benötigte, auch bekannt, so dass sich eine Umgehung der fehlenden Arbeitserlaubnis geradezu aufdrängt.

Â

Soweit die Klägerin (allein) behauptet, sie â∏habe sich um den Status der Beigeladenen keine Gedanken gemachtâ∏, sieht der Senat dies nicht als glaubhaft an.

Â

Es ist regelmäÃ∏ig davon auszugehen, dass sich ein juristischer Laie, der â∏ wie hier die Klägerin â∏∏ eine Firma übernimmt, um mit dieser am kaufmännischen Verkehr teilzunehmen, spĤtestens dann, wenn er sich zur Erfļllung seiner vertraglichen Pflichten weiterer (Hilfs-)Personen bedienen will, mit den hierfA¹/₄r erforderlichen arbeitsrechtlichen, steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Voraussetzungen ebenso vertraut macht wie (zuvor) mit den Erfordernissen der FirmenA¼bernahme selbst (st. Rspr. des Senats, vgl. Beschl. v. 11.03.2024 â∏∏ <u>L 8 BA 114/23 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 8 f.; Beschl. v. 27.02.2023 â∏∏ <u>L 8 BA 48/21 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 14; Beschl. v. 13.06.2022 â∏∏ <u>L 8</u> BA 142/21 B ER â∏∏ juris Rn. 20). Holt der Unternehmer die notwendigen Informationen zur Sozialversicherungspflicht (angeblich) nicht ein, liegt die Möglichkeit von Pflichtverletzungen und deren billigende Inkaufnahme (erst recht) auf der Hand, da SĤumnisse und Fehler evident umso hĤufiger auftreten, je höher der Grad der Unkenntnis des Unternehmers ist. Werden für arbeitnehmerübliche Tätigkeiten Einzelpersonen als â∏Unternehmerâ∏ beauftragt, ist entsprechend regelmäÃ∏ig darauf zu schlieÃ∏en, dass der Firmeninhaber eine Verletzung mĶglicher Melde- und Beitragspflichten zur Sozialversicherung billigend in Kauf nimmt (st. Rspr. des Senats, vgl. Beschl. v. 11.03.2024 â∏∏ <u>L 8 BA 114/23 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 8 f.; Beschl. v. 27.02.2023 â∏∏ <u>L 8</u> BA 48/21 B ER â∏∏ juris Rn. 14; Beschl. v. 13.06.2022 â∏∏ <u>L 8 BA 142/21 B ER</u> â∏∏ juris Rn. 20).

Â

Vorliegend ist der Senat davon überzeugt, dass der Klägerin die Problematik einer (eventuellen Schein-)SelbststĤndigkeit von M, N und V bekannt war. Insbesondere in GeschĤftszweigen wie vorliegend dem Eisenbindegewerbe, bei denen die Personalkosten den vorrangigen Fokus einer gewinnorientierten Ausrichtung des Betriebs bilden, wird bei jeglicher Informationsbeschaffung zur Betriebsführung unmittelbar die Frage der für herangezogene Hilfspersonen zu entrichtenden SozialversicherungsbeitrĤge zwingend ins Auge fallen. Einen hiervon abweichenden Sachverhalt hat die KlĤgerin nicht geschildert, plausibilisiert und belegt. Im Älbrigen weisen hier auch die aktenkundigen Umstände konkret auf eine entsprechende Kenntnis der Klägerin hin. So ist die Frage der ZulĤssigkeit einer BeschĤftigung von M, N und V im Vorfeld deren Tätigkeit ausdrücklich thematisiert worden. Ã∏bereinstimmend haben diese angegeben, das Gewerbe allein deshalb angemeldet zu haben, um in Deutschland legal arbeiten zu dürfen. N hat ergänzend ausgesagt, dass M ihm, als er gekommen sei, mitgeteilt habe, man würde ihn und V noch nicht einstellen, â□□weil das noch nicht gingeâ□□. M wiederum hat diese Information zur ̸berzeugung des Senats von der Klägerin in einem mit dieser zur vorigen Abklärung eines etwaigen Arbeitskräftebedarfs geführten Telefonats erhalten.

Â

Eine andere Beurteilung zum bedingten Vorsatz kann nur dann in ErwÄxgung gezogen werden, wenn konkrete, belastbare UmstÄxnde vorgetragen und nachgewiesen werden, die ausnahmsweise eine abweichende EinschÄxtzung nahelegen, so z.B. wenn der Unternehmer auf die eingeholte Auskunft eines Steuerberaters vertraut hat, an deren Richtigkeit er nicht zweifeln musste und zudem in anderen rechtlichen Bereichen a_{0} wohlverhalten a_{0} bestand (vgl. Senatsbeschl. v. 13.06.2022 a_{0} L 8 BA 142/21 B ER a_{0} juris Rn. 20; Beschl. v. 10.07.2013 a_{0} L 8 R 205/13 B ER a_{0} juris Rn. 17 f.).

Â

Derartige Umstände sind weder vorgetragen noch sonst ersichtlich. Anhaltspunkte dafür, dass die Klägerin tatsächlich (auf fundierter Grundlage) gemeint haben könnte, M, N und V seien (allein) aufgrund von Rechnungstellung und Gewerbeanmeldung eventuell als selbstständig beurteilbar, liegen nicht vor.

Â

Im Ã□brigen hätte sich die Klägerin selbst bei von ihr angenommener Selbstständigkeit von M, N und V im Hinblick auf die Gesamtumstände genötigt fühlen mÃ⅓ssen, zu dieser Frage eine fachkundige Klärung herbeizuführen. Die Möglichkeit, ein Statusfeststellungsverfahren durchzuführen, war ihr dabei sogar konkret bekannt. Nicht entscheidend ist in diesem Zusammenhang, dass das 2010 vom Steuerberater geführte Verfahren die Statusbeurteilung des bei ihr angestellten Ehemannes und somit einen anderen Sachverhalt betraf. Vielmehr genÃ⅓gt es, dass sich ihr im Hinblick auf die (dargelegten) Umstände (auch) eine erforderliche Klärung bezÃ⅓glich M, N und V hätte aufdrängen mÃ⅓ssen. In der

Rechtsprechung ist Verschulden u.a. angenommen worden, wenn bei Unklarheiten die Möglichkeit nicht genutzt wird, darüber im Einzugsstellen- (vgl. <u>§ 28h SGB IV</u>) und/oder Anfrageverfahren (vgl. <u>§ 7a SGB IV</u>) Gewissheit durch Herbeiführung einer fachkundigen Entscheidung einer fachkundigen Stelle zu erlangen (vgl. BSG Urt. v. 24.03.2016 â \square <u>B 12 KR 20/14 R</u> â \square juris Rn. 35).

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs. 1 S. 1 SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 154 Abs. 1</u>, 2, <u>155 Abs. 1 S. 1</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Â

Gründe für die Zulassung der Revision gem. <u>§ 160 Abs. 2 SGG</u> liegen nicht vor.

Â

Der Streitwert ist gem. <u>§ 197a Abs. 1 S. 1 SGG</u> i.V.m. <u>§Â§ 47 Abs. 1 S. 1</u>, <u>52 Abs. 1, Abs. 3</u>, <u>63 Abs. 2 S. 1</u> Gerichtskostengesetz (GKG) entsprechend der im Berufungsrechtszug streitigen Beitragsforderung festzusetzen.

Erstellt am: 13.11.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024